

Wolfgang Pörtl



Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Abteilung 13

Referat Naturschutz

Stempfergasse 78

8010 Graz

**PER EMAIL: naturschutz@stmk.gv.at**

**Betreff: Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf (Verordnungsentwurf) in der  
Sache GZ APT 13-339525/2025-13**

Graz, 12.5.2026

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wolfgang Pörtl gibt hiermit gemäß § 2 Volksrechtegesetz im Begutachtungsverfahren (zu  
GZ APT 13-339525/2025-13 - Amt der Steiermärkischen Landesregierung - Abteilung 13,  
8010 Graz) eine schriftliche

## **Stellungnahme**

ab.

I)

Zumindest seit dem 14. 4. 2026 veröffentlicht das Amt der Steiermärkischen Landesregierung im Internet (Internertlink) wie folgt:

Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom ... über die Ausnahme vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung von Bibern - Verwaltung - Land Steiermark

Die Abgabe einer Stellungnahme zu dieser sogenannten Biber-Verordnung zu GZ APT 13-339525/2025-13 ist mit 12.5.2026 befristet.

Die hiermit abgegebene Stellungnahme durch Wolfgang Pörtl zu dieser geplanten Biber-Verordnung erfolgt sohin innerhalb offener Frist.

II)

Dem Wolfgang Pörtl liegen vor der Begutachtungsentwurf (§ 1-8 , samt Anlage 1) und die Erläuterungen zu diesem Begutachtungsentwurf (Verordnungsentwurf) im Umfang von 12 Seiten DIN A4.

III)

#### **Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf:**

Die Steiermärkische Landesregierung plant offenbar die Erlassung eine Verordnung über die Ausnahme vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung von Bibern, **obwohl Biber mehrfach rechtlich einen sehr strengen Schutz genießen und weder gefangen noch gestört noch getötet werden dürfen.**

IV)

### **Rechtsgrundlagen zum Schutz des Bibers:**

Der Europäische Biber steht in Österreich auf mehreren Ebenen unter Schutz – international, europarechtlich und national. Die wichtigsten rechtlichen Grundlagen sind:

**1. Berner Konvention**

Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume.

Der Biber ist dort als geschützte Art angeführt.

**2. Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie 92/43/EWG) der EU**

Der Biber ist in:

- **Anhang II** → Arten, für die Schutzgebiete (Natura-2000) ausgewiesen werden müssen
- **Anhang IV** → streng geschützte Arten

Daraus folgen insbesondere:

- Fang- und Tötungsverbot
- Verbot absichtlicher Störung
- Schutz von Fortpflanzungs- und Ruhestätten

**3. Nationale Umsetzung in Österreich**

Da Naturschutz in Österreich Ländersache ist, erfolgt der Schutz durch die jeweiligen:

- Naturschutzgesetze der Bundesländer
- Artenschutzverordnungen
- Jagdgesetze

**4. Steiermark (Österreich)**

- **Steiermark:**
  - Steiermärkisches Naturschutzgesetz
  - Artenschutzverordnung (Biber als geschützte Tierart)

- Steiermärkisches Jagdgesetz: ganzjährige Schonung, Biber darf nicht gejagt werden.

#### 5. **Natura-2000 / Europaschutzgebiete**

In vielen Natura-2000-Gebieten ist der Biber ausdrücklich Schutzgut. Dort gelten zusätzliche Schutzbestimmungen.

#### 6. **Ausnahmen vom Schutz**

Eingriffe (z. B. Entnahme oder Zerstörung von Biberdämmen) sind nur unter engen Voraussetzungen möglich und benötigen meist behördliche Ausnahmegenehmigungen nach Art. 16 FFH-Richtlinie bzw. den Landesgesetzen.

V)

Es wird in der Folge von Wolfgang Pörtl zu jedem Paragraphen des hier gegenständlichen Verordnungsentwurfs konkret Stellung genommen:

**Ad § 1:**

#### **Ziele und Geltungsbereich der Ausnahmen**

- (1) Die Ausnahme vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung gilt für Biber (*Castor fiber*) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und **versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur**.
- (2) Die Verordnung gilt nicht:
  1. in Naturschutzgebieten;
  2. in den Europaschutzgebieten, in denen der Biber als Schutzgut genannt ist;
  3. in den Europaschutzgebieten Nr. 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 27, 30, 33, 36, 56;
  4. im Nationalpark Gesäuse.

### **Stellungnahme:**

Entgegen der Überschrift des § 1 - Ziele und Geltungsbereich der Ausnahmen - findet sich tatsächlich im gesamten § 1 **kein einziges klar definiertes Ziel.**

### **Die bloß lapidare Ausführung im § 1 mit:**

„Die Ausnahme vom Verbot des absichtlichen Fanges, der absichtlichen Störung und der absichtlichen Tötung gilt für Biber (*Castor fiber*) im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit insbesondere im Zusammenhang mit Hochwasserschutzanlagen, Wasserkraftanlagen und versorgungsrelevanter kommunaler Infrastruktur“

**lässt kein klar definiertes Ziel erkennen.**

Wenn dann unter § 1 (2) ausgeführt wird, **dass die Verordnung** in Naturschutzgebieten, in den Europaschutzgebieten in denen der Biber als Schutzgut genannt ist, in den Europaschutzgebieten (unter bloßer Anführung von Nummern) und schlussendlich im Nationalpark Gesäuse **nicht gilt**, so wird auch hier von Wolfgang Pöttl wie folgt beanstandet:

Die Darstellung der Verordnungs-Ausnahmen mit lapidar unter

Punkt 1 Naturschutzgebiet, mit lapidar unter

Punkt 2 in den Europaschutzgebieten, in denen der Biber als Schutzgut genannt ist, unter

Punkt 3 in den Europaschutzgebieten mit bestimmten Nummern und unter

Punkt 4 im Nationalpark Gesäuse

**ist nicht geeignet, die hier gegenständlich-geplante-Verordnung rechtskonform darzustellen**, unter anderem schon deshalb, weil nicht ausgeführt ist um welche Naturschutzgebiete (Punkt 1.) und um welche Europaschutzgebiete in denen der Biber als Schutzgut genannt ist (Punkt 2.) es sich hier im konkreten handeln soll, bzw. wo diese Naturschutzgebiete, bzw. Europaschutzgebieten liegen.

Auch die Anführung der Verordnungs-Ausnahmen unter Punkt 3., wonach in den Europaschutzgebieten mit der Nummer 3, 4,5, 6,7, 8,9, 14,15, 16,17, 20,21, 22,27, 30,33, 36,56, sind nicht hinreichend konkret gegenüber dem Rechtsunterworfenen bestimmt.

**Schon aus diesem Grunde würde die gegenständlich – geplante VO - einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

## **Ad § 2:**

### **Begriffsbestimmungen**

(1) Als Präventionsmaßnahmen gelten sämtliche die Auswirkungen von Biberaktivitäten mindernden Maßnahmen, wie insbesondere Einzelbaum- und Flächenschutzmaßnahmen, Schutzvorkehrungen gegen Grabtätigkeiten, die Entfernung von Nebendämmen, und die Absenkung von Hauptdämmen.

(2) Als Eingriffe in den Biberlebensraum gelten die Beeinträchtigung von Wohnbauten oder die Entfernung von Hauptdämmen.

(3) Als Eingriffe in die Biberpopulation gilt der Fang mittels Lebendfallen und anschließende Erlegung oder die unmittelbare Erlegung eines Bibers.

### **Stellungnahme:**

Im § 2 werden bloß die Begriffe

- a) Präventionsmaßnahmen
- b) Eingriffe in den Biberlebensraum
- c) Eingriffe in die Biberpopulation

einer genaueren Begriffsbestimmung unterzogen.

**Alle anderen verordnungsrelevanten Begriffe**, welche vor allem an die Rechtsunterworfenen zur Konkretisierung und Verdeutlichung der hier gegenständlich - geplanten - Verordnung gerichtet sein müssen, werden in § 2 entgegen der Überschrift „Begriffsbestimmungen“ **eben keiner Begriffsbestimmung unterzogen**.

### **Es fehlen vor allem die Begriffsbestimmungen zu:**

- a) Eingriffsberechtigte
- b) Lebendfallen
- c) Kontingentierung (siehe § 6 der gegenständlich geplanten Verordnung)
- d) Meldepflichten, Kontrollen und Monitoring (siehe § 7 der gegenständlich geplanten Verordnung)
- e) Amtssachverständiger für Naturschutz (u.a. § 4 , geplanten Verordnung)

- f) Vertreter der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung
- g) Ziele (siehe § 1 der gegenständlich geplanten Verordnung)
- h) Beratungsgespräch (siehe u.a. § 3)
- i) beauftragte Einrichtung (u.a. § 3)

Da die Steiermärkische Landesregierung es **unzulässig unterlässt**, die oben angeführten **Begriffsbestimmungen in der gegenständlich geplanten Verordnung vorzunehmen**, ist eine **völlig unzulässig weite Auslegung und wohl auch willkürliche Auslegung der oben angeführten Begriffe sehr leicht möglich**.

Schon aus diesem Grunde leidet die hier geplante Verordnung an schwersten legislatischen Mängeln und würde diese Verordnung einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof aus diesem Grunde nicht standhalten.

#### **Ad § 3:**

##### **Präventionsmaßnahmen**

(1) Präventionsmaßnahmen wie insbesondere Einzelbaum- beziehungsweise Flächenschutzmaßnahmen oder Schutzvorkehrungen gegen Grabtätigkeiten des Bibers können ganzjährig gesetzt werden.

(2) Die Entfernung von Nebendämmen kann ganzjährig nach einem Beratungsgespräch mit einem Vertreter der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Einrichtung erfolgen.

(3) Die Drainagierung oder Absenkung von Hauptdämmen kann ganzjährig im Beisein eines Vertreters der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Einrichtung erfolgen.

#### **Stellungnahme:**

Der Inhalt des § 3 der hier gegenständlich geplanten Verordnung ist nicht hinreichend konkretisiert.

Wie bereits oben angeführt, ist der Begriff „Beratungsgespräch“ nicht näher bestimmt und findet sich eine diesbezügliche Begriffsbestimmung auch im § 2 der geplanten Verordnung nicht.

Damit kann dem Rechtsunterworfenen überhaupt nicht klar sein, was unter einem Beratungsgespräch zu verstehen ist.

Weiters ist dem § 3 der gegenständlich geplanten Verordnung zu entnehmen, **dass nach einem Beratungsgespräch**

- a) von Nebendämmen ganzjährig erfolgen kann.

Dazu wird ausgeführt: Es ist also bloß ein Beratungsgespräch notwendig, dessen Inhalt, Erfolg und Ausgang aber völlig irrelevant ist. Es ist in der Verordnung nur vorgegeben, dass ein Beratungsgespräch stattfinden muss. Auch wenn das Beratungsgespräch ergeben würde, dass die Entfernung von Nebendämmen unzulässig sei, auch dann kann die Entfernung von Nebendämmen durchgeführt werden.

**Damit ist die gegenständliche Bestimmung des § 3 der geplanten Verordnung in sich widersprüchlich, unschlüssig und nicht nachvollziehbar.**

**Schon aus diesem Grunde würde die gegenständlich – geplante VO - einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

#### **Ad § 4:**

Eingriffe in den Biberlebensraum

(1) Eingriffe in den Biberlebensraum sind im Zeitraum von 01. September bis 31. März zulässig, sofern durch einen Amtssachverständigen für Naturschutz festgestellt wird, dass geeignete Präventionsmaßnahmen gemäß § 3 wirkungslos geblieben sind.

(2) Eingriffsberechtigt für Eingriffe in den Biberlebensraum sind alle von einer Biberaktivität betroffenen Personen.

(3) Die Entfernung eines Hauptdammes, der zur Absicherung eines Revierzentrums dient, oder die Entfernung eines Wohnbaues hat im Beisein eines Vertreters der für den



Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Einrichtung zu erfolgen. § 5 Eingriffe in die Biberpopulation

#### **Stellungnahme:**

Die Steiermärkische Landesregierung will aber offenbar mit dieser geplanten Biber - VO u.a. gleich **überhaupt allen von einer Biberaktivität betroffenen Personen Eingriffe** in den Biber - Lebensraum ermöglichen (siehe § 4, Abs 2) .

**Dafür soll es ausreichen, dass ein Amtssachverständiger für Naturschutz feststellt, dass geeignete Präventionsmaßnahmen gemäß § 3 (Anmerkung: § 3 des hier gegenständlichen Verordnungsentwurfs) wirkungslos geblieben sind.**

Der gesamten hier geplanten Verordnung **ist kein einziges Rechtsmittel** gegen die Feststellung eines Amtssachverständigen für Naturschutz **zu entnehmen**.

Ein derartiges Unterfangen ist aber in einem Rechtsstaat unzulässig und rechtswidrig.

**Gegen ein Gutachten eines Amtssachverständigen, bzw. gegen die Feststellung eines Amtssachverständigen für Naturschutz hinsichtlich der Eingriffe in den über Lebensraum ist zwingend – in der geplanten VO – die Möglichkeit eines Rechtsmittels vorzusehen.**

**Auch schon aus diesem Grunde würde die gegenständlich geplante VO sonst einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

#### **Ad § 5:**

Eingriffe in die Biberpopulation

(1) Eingriffe in die Biberpopulation durch Fang mittels Lebendfalle und die anschließende Erlegung oder die unmittelbare Erlegung eines Bibers sind im Zeitraum von 01. September bis 31. März zulässig, sofern durch einen Amtssachverständigen für Naturschutz

festgestellt wird, dass sowohl geeignete Präventionsmaßnahmen gemäß § 3 als auch geeignete Eingriffe in den Biberlebensraum gemäß § 4 wirkungslos geblieben sind.

(2) Eingriffsberechtigt für Eingriffe in die Biberpopulation sind Jagdausübungsberechtigte oder von diesen beauftragte Inhaber einer gültigen Jagdkarte sowie Jagdschutzorgane.

(3) Für den Fang sind geeignete Lebendfallen zu verwenden. Die Lebendfallen sind mit einem elektronischen Meldesystem auszustatten. Jede Lebendfalle ist bei einer elektronischen Meldung über einen Fang umgehend zu kontrollieren. Fehlfänge von Individuen anderer Arten sind unverzüglich und unversehrt frei zu lassen.

(4) Der Fang mittels Lebendfalle und die anschließende Erlegung oder die unmittelbare Erlegung hat an Land mit einer nach dem Steiermärkischen Jagdgesetz 1986 für die Jagd auf Wild bestimmten Schusswaffe, Munition und Zubehör weidgerecht zu erfolgen.

#### **Stellungnahme:**

Trotz all dieser rechtlichen Bestimmungen zum strengen Schutz des Bibers, allen voran die EU-Bestimmung

**„Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie 92/43/EWG)“,**

versucht die Steiermärkischen Landesregierung offenbar unter völlig rechtswidriger und unzulässiger Umgehung u.a. der unter Punkt IV) angeführten Rechtsbestimmungen eine Verordnung zu erlassen, **aufgrund welcher es allen Jagdausübungsberechtigten oder von diesen beauftragten Inhabern einer gültigen Jagdkarte sowie Jagdschutzorganen ganz leicht und niederschwellig möglich gemacht werden soll, Eingriffe in die Biberpopulation (mittels Leben fallen und anschließender Tötung der Biber) vorzunehmen** (vergleiche § 5 des hier gegenständlichen Verordnungsentwurfs).

**Die geplante Verordnung lässt völlig außeracht die Rechtsbestimmungen zum strengen Schutz des Bibers (Siehe Punkt IV der Stellungnahme).**

**Die hier geplante Verordnung widerspricht in weiten Teilen den unter Punkt IV der Stellungnahme angeführten Rechtsbestimmungen.**

Wenn man die vielen Rechts-Bestimmungen beachtet, die sich mit dem strengen Schutz des Bibers befassen (siehe IV der Stellungnahme), dann ist es geradezu absurd, widersprüchlich zu allen Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers, wenn es nach § 5 der gegenständlich geplanten Verordnung es gesetzlich erlaubt sein soll, **den Biber nach erfolgtem Fang auch noch zu töten.**

Warum ein gefangener Biber nicht an einen anderen Ort verbracht werden kann, sondern nach dem Fang getötet werden soll, ist nicht nachvollziehbar und in sich widersprüchlich in jeder Weise zu den Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers.

Auch durch die Bestimmung des § 5 der hier gegenständlich geplanten Verordnung wird klar und deutlich, dass die geplante Verordnung - besonders durch die Bestimmungen des § 5 - in weiten Teilen den geltenden Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers in eklatanter Art und Weise widerspricht.

Wie schon ausgeführt, ist auch im § 5 der gegenständlich geplanten Verordnung **kein Rechtsmittel** in das Gutachten, bzw. die Feststellungen des Amtssachverständigen für Naturschutz **gewährleistet.**

**Damit entziehen sich die Feststellungen des Amtssachverständigen völlig rechtswidrig und unzulässig jeglicher Kontrolle/Rechtskontrolle. Dass damit der Willkür Tür und Tor geöffnet, muss nicht näher ausgeführt werden.**

**Auch schon aus diesem Grunde würde die gegenständlich geplante VO sonst einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

## **Ad § 6:**

### **Kontingentierung**

(1) Pro Kalenderjahr können nach Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 84 Biber erlegt werden. Die Verteilung des Kontingents auf die einzelnen Regionen ist in der Anlage 1 festgelegt.

(2) Eingriffsberechtigte Personen haben vor der geplanten Erlegung auf der Website der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung die tagesaktuelle Information über die Ausschöpfung des Kontingents gemäß Abs. 1 abzurufen. Ist das Kontingent erschöpft, sind aufgestellte Lebendfallen zu entfernen oder nicht fängisch zu stellen.

### **Stellungnahme:**

Es entzieht sich jeglichem Rechts-Verständnis und jeder menschlichen Naturschutz-Denklogik, warum (pro Kalenderjahr) 84 Biber erlegt werden dürfen.

Es entzieht sich jeglichem Verständnis und jeder menschlichen Naturschutz-Denklogik, warum Biber nicht - wenn überhaupt notwendig - an einen anderen Ort verbracht werden können, anstatt sie zu töten (übrigens völlig im Gegensatz zu den weiten Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers).

Wenn schon eingriffsberechtigte Personen vor der geplanten Erlegung auf einer Webseite tagesaktuelle Informationen über die Ausschöpfung des Kontingents gemäß Abs. 1 abrufen müssen, so wird im § 6 der hier geplanten Verordnung mit keinem Wort erwähnt, welche Rechtsfolgen es für die eingriffsberechtigten Personen hat, wenn sie diese Informationen nicht einholen und die aufgestellten Lebendfallen nicht entfernen oder diese Lebendfallen nicht fängisch stellen, obwohl das Kontingent erschöpft ist.

**Bemerkenswert ist auf jeden Fall, dass im § 6 der gegenständlich geplanten Verordnung keine Rede davon ist, dass, wenn das Kontingent erschöpft ist, Biber nicht getötet werden dürfen.**

**Auch dieser Umstand und Sachverhalt und auch diese geplante Verordnungsbestimmung widerspricht eindeutig den weiten Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers.**

**Auch aus diesem Grunde würde die gegenständlich geplante VO – sollte sie in Rechtskraft erwachsen - einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

**Ad § 7:**

**Meldepflichten, Kontrollen und Monitoring**

(1) Jede Entfernung eines Hauptdammes ist innerhalb von 2 Wochen bei der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung elektronisch zu melden.

(2) Jede Erlegung ist innerhalb von 24 Stunden von der eingriffsberechtigten Person gemäß § 5 Abs. 2 bei der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung elektronisch zu melden.

(3) Ein erlegter Biber ist ab dem Zeitpunkt der Meldung gemäß Abs. 2 für 48 Stunden durch die eingriffsberechtigte Person aufzubewahren. Dieser ist auf Verlangen der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zu übergeben. Fällt das Ende der Frist auf einen Samstag, Sonntag, gesetzlichen Feiertag, Karfreitag oder 24. Dezember, so ist der nächste Werktag als letzter Tag der Frist anzusehen.

(4) Die Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung hat die für den Naturschutz zuständige Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung stichprobenartig zu kontrollieren. Zur Beweissicherung kann ein erlegter Biber untersucht und Proben entnommen werden.

**Stellungnahme:**

**Die Bestimmungen des § 7 der gegenständlichen Verordnung sind in keiner Weise geeignet zu gewährleisten und sicherzustellen und zu kontrollieren, dass eingriffsberechtigte Personen (wer auch immer das sein soll – eine**

**Begriffsbestimmung fehlt), die weiten Rechtsbestimmungen zum Schutz des Bibers beachten.**

**Im Abs. 4 des § 7 der gegenständlichen geplanten Verordnung darf man dann noch lesen:**

Zur Beweissicherung **kann** ein erlegter Biber untersucht und Proben entnommen werden.

Damit ist klar erwiesen, dass nicht einmal die Beweissicherung für ein mögliches Strafverfahren wegen rechtswidriger Eingriffe in den Lebensraum des Bibers, wegen rechtswidriger Tötung des Bibers gewährleistet ist.

Im § 7 Abs. 5 fehlt jede Beschreibung wie eine Dokumentation der Maßnahmen im Sinne des § 3 Abs. 2 und 3 (durchzuführen von einem Vertreter der für den Naturschutz zuständigen Abteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung oder einer von dieser beauftragten Einrichtung) durchzuführen ist.

Auch die Beschreibung des Aufbaus einer solchen Dokumentation fehlt völlig.

Im § 7 Abs. 6 gilt außerdem jegliche Beschreibung und Bestimmung des Begriffes des „Monitorings“, mit welchem die Bestandsentwicklung des Bibers durchzuführen oder zu beauftragen ist.

**Auch aus diesem Grunde würde die gegenständlich geplante VO – sollte sie in Rechtskraft erwachsen - einer Überprüfung durch den Verfassungsgerichtshof nicht standhalten.**

**Ad § 8:**

Zeitlicher Geltungsbereich

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der [...], in Kraft und mit Ablauf des 30.06.2031 außer Kraft.

**Stellungnahme:**

**Die Gültigkeit der hier geplanten VO bis zum 30.6.2031 ist jedenfalls weitaus zu lange.**

**Es ist nicht vorhersehbar, wie sich die Biber-Population in den nächsten Jahren (unter anderem bis zum 30.6.2031 und aufgrund der hier für den Biber sehr schädlichen VO) entwickeln wird und muss schon aus naturschutzrechtlichen Gründen und zum Schutz des Bibers hier die Möglichkeit bestehen, sofort einzugreifen und alle Maßnahmen zu unterlassen, die für den Schutz des Bibers ungünstig sind.**

**Die hier geplante Verordnung - wenn überhaupt diese in Rechtskraft erwächst - darf nicht länger als ein Jahr gelten.**

VI)

**Zum Inhalt der hier gegenständlichen Stellungnahme zur geplanten Verordnung wird erhoben auch der Inhalt der Stellungnahme, welche im Internet unter der Adresse:**

**[stellungnahme\\_biber\\_verordnung\\_wwf\\_ob.pdf](#)**

**mit der Überschrift:**

***Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf einer Verordnung, mit der Wildregionen im Land Salzburg betreffend die Wildart Biber zu einem Maßnahmengebiet erklärt werden (Maßnahmengebietsverordnung Biber 2025 und 2026) (20031 LFW/723/305/4-2025)***

**veröffentlicht wird.**

Diese Stellungnahme ist im Kern 1 : 1 zu übernehmen für die geplante Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung, mit welcher der Biber - trotz aufrechtem Schutz durch viele Rechtsbestimmungen - niederschwellig und sehr leicht gefangen und getötet werden darf.

## VII)

Zum Inhalt der hier gegenständlichen Stellungnahme zur geplanten Verordnung wird erhoben auch der Inhalt der Stellungnahme, welche im Internet unter der Adresse:

[2022-steirische-biberstrategie.pdf](#)

hinsichtlich der „Biberstrategie Steiermark“.

Dieses Werk wurde in Auftrag gegeben von:

- 1) Steiermärkische Berg- und Naturwacht Herdergasse 3, 8010 Graz und
- 2) Land Steiermark A13 Umwelt und Raumordnung Referat Natur- und allg. Umweltschutz Stempfergasse 7 , 8010 Graz

### **Vor allem beachtenswert ist die Darstellung auf Seite 55:**

8.5 EINGRIFFE IN DIE POPULATION Die FFH-Richtlinie erlaubt die Entnahme und Tötung von Individuen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen (siehe Kapitel 7). In anderen österreichischen Bundesländern werden Eingriffe in die Population z. B. in besonders kritischen Bereichen wie an Stau- und Hochwasserschutzanlagen, an Triebwerkskanälen von Wasserkraftanlagen, an Kläranlagen oder Fischauftstiegshilfen zum unmittelbaren Schutz der Funktion dieser Anlagen durchgeführt. In der Steiermark war es bisher noch nie erforderlich, einen Biber zu töten. Aus fachlicher Sicht sind Eingriffe in die Population wenig zielführend, da davon auszugehen ist, dass das frei gewordene Biberrevier relativ rasch wieder von zuwandernden Tieren besetzt wird und die Konflikte damit wieder auftreten. Zudem ist es ggf. notwendig, alle Tiere eines Reviers abzufangen, was mit einem hohen personellen und zeitlichen Aufwand verbunden ist. Grundsätzlich ist für Eingriffe in die Population eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung erforderlich. Diese kann bei der A13 ([naturschutz@stmk.gv.at](mailto:naturschutz@stmk.gv.at)) beantragt werden. Vor Erteilung einer behördlichen Genehmigung müssen alle verfügbaren Alternativen zur Entnahme geprüft werden. Zudem muss mit wissenschaftlichen Daten fundiert untermauert werden, dass die Maßnahme „Entnahme“ wirklich zum Erreichen des formulierten Ziels führt. Die Ab- bzw. Umsiedelung von Individuen, die Konflikte



verursachen, bedarf ebenfalls einer artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung und wird in der Steiermark nicht durchgeführt.

**Autorin des Artikels:**

Mag. Brigitte Komposch, MSc ÖKOTEAM - Institut für Tierökologie und Naturraumplanung  
Bergmannngasse 22, 8010 Graz Email: b.komposch@oekoteam.at

VIII)

**Zusammenfassung:**

Aus den oben angeführten Gründen und in Zusammenschau vor allem auch mit den Ausführungen unter Punkt VI und VII ergibt sich mit aller Deutlichkeit, dass die hier gegenständlich geplante Verordnung schon legislatisch rechtswidrig ausgeführt ist und - sollte diese Verordnung in dieser Form in Kraft treten - vor dem Verfassungsgerichtshof zu bekämpfen sein wird.

Gerade aber die Artikel unter den beiden oben angeführten Internetadressen (Punkt VI und VII) mit aller Deutlichkeit dar, dass die gegenständliche geplanten Verordnung sich gegen jegliche Schutzinteressen des Bibers richtet und diese hier gegenständliche geplanten Verordnung in jeder rechtswidrigen Form sich über geltendes Recht (vor allem EU Recht) - welches den Biber unter strengen Schutz stellt - hinwegsetzt.

Damit ist ein In-Kraft-Treten der geplanten Verordnung auf jeden Fall entschieden abzulehnen.

Hochachtungsvoll

Wolfgang Pörtl

